



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/184

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 10. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 170

Dämpfer am laufenden Band	S. 1
Um den Bestand der vierten Republik	S. 3
Soldaten zwischen gestern und morgen	S. 5
Schumacher zum Arbeiter-Feiertag der USA	S. 7

Serie der Mißerfolge

P.R. Die Bundesregierung ist in der letzten Zeit im Umgang mit den Besatzungsmächten über das Durchschnittsmaß hinaus erfolglos gewesen. Ihre Politik der unglücklichen Hand wird dadurch nicht glücklicher, daß sie selbst diesen betrüblichen Sachverhalt nicht wahrhaben will.

Diese letzte Serie von Mißerfolgen begann mit jener Antwort der westalliierten Regierungen auf die Saarnote der Bundesregierung vom Mai des Jahres. Diese Antwort war so unfreundlich, fast kaltschnäuzig; wenn das Wort erlaubt ist, daß die Enttäuschung darüber bis weit in das Lager der politischen Freunde des Kanzlers reichte. Eine diesem besonders nahestehende politische Wochenschrift freilich (der Autor des Kommentars berichtete in der gleichen Nummer feuilletonistisch von seinem Aufenthalt auf dem Bürgersteck) zeigte nur Erstaunen über das Unvermögen, den Tonfall einer diplomatischen Note richtig zu interpretieren, die fünf verschiedenen Standpunkten gerecht werden muß. Uns scheint das Unvermögen sehr viel augenfälliger, die Wirklichkeit zu erkennen.

Vorangegangen war übrigens der negative Verlauf der Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Vorkriegsschulden. Sie wird nun erst im November stattfinden. Dafür soll sich demnächst die Hohe Kommission mit der Rückerstattung deutscher Vermögens-

Werte im Auslande befassen. In welchem Sinne deutet eine Information an, wonach es nach der kommenden Regelung für deutsche Staatsangehörige unmöglich sein werde, diejenigen Vermögenswerte im Auslande zurückzufordern, über die alliierte Staaten oder die internationale Reparationsbehörde in Brüssel bereits verfügt haben. Nur die davon nicht betroffenen Ansprüche sollen aufrecht erhalten bleiben. Ob Aussichten wenigstens auf deren Realisierung bestehen, wurde nicht gesagt. Inzwischen aber ist der sehr beträchtliche, rechtmäßige deutsche Besitz an Auslandswerten, der nach der Besetzung beschlagnahmt und den Banken zur treuhänderischen Verwaltung übergeben worden war, diesen abgefordert und zum größten Teil bereits ins Ausland gebracht worden.

Die letzten schweren Schläge waren die Weigerung der Ruhrbehörde, dem deutschen Antrag auf Senkung der Kohlenexportquote zu entsprechen und die Ablehnung einer Herabsetzung der Besatzungskosten, obwohl beide Anliegen wohlbegründet waren und die Haltung der Besatzungsmächte die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung in die ernstesten Schwierigkeiten bringen muß. Bei der in Aussicht genommenen Ablösung des Besatzungsstatutes schließlich durch mehrseitige Vorträge soll, wie jetzt schon unmißverständlich gesagt worden ist, die entscheidende Generalklausel, die die letzte oberste Gewalt unverändert in den Händen der Besatzungsmächte läßt, allerhöchstens der Form, keinesfalls aber dem Inhalte nach, fallen. Im übrigen lassen verschiedene Anzeichen erkennen, daß man beabsichtigt, die Regelung über den gewünschten militärischen Beitrag Deutschlands vor der Klärung der politischen Voraussetzungen vorzunehmen.

Diese Aufzählung, obwohl unvollständig, sollte für den Nachweis ausreichen, wie erfolglos die Außenpolitik der Regierung in der letzten Zeit gewesen ist. Die Schuld dafür trifft nicht in jedem Fall und nicht in vollem Umfange die Regierung selbst. Aber ihre fatale Neigung, Ohrfeigen als Wangenstreicheln zu deuten, ermuntert leider die Alliierten in ihrer Politik der freundlichen Worte und der unfreundlichen Handlungen.

+ + +

Die Hintergründe der französischen Regierungskrise

A.F.-Paris, 10. August

Mit Verständnislosigkeit und Abneigung sah die Welt das französische Spiel der beinahe lächerlich anmutenden Regierungskrise, die das politische und wirtschaftliche Leben über Frankreichs Grenzen hinaus nun über einen Monat lang schwer belastete, umso mehr, da ja bereits seit Ausschreibung der Neuwahlen, d.h. Mitte Mai, die letzte Regierung keinerlei bindende Beschlüsse mehr zu fassen vermochte, ob es nun innerpolitische Fragen oder z.B. auch die Entscheidungen bei den Schumanplan- und Europaarmee-Verhandlungen betraf. Es ist selbstverständlich in diesem Zusammenhang viel von der demagogischen Verantwortungslosigkeit der Parteien die Rede, deren kleinliche Spitzfindigkeiten in keinem Verhältnis mehr stehen zu den tatsächlichen Problemen. Ganz so einfach liegen allerdings die Dinge nicht. Sehr oft waren die als unüberbrückbar erscheinenden Gegensätze in (weltpolitisch gesehen) Bagatellangelegenheiten nur Vorwände, mit denen man aus taktischen Gründen viel tiefergehende Widersprüche verdeckte. Hätte man nämlich diese tatsächlich vorhandenen Gegensätze offen an den Tag treten lassen, wäre wahrscheinlich eine Regierungsbildung überhaupt unmöglich geworden. Hierin und nicht in dem die Welt überraschenden und enttäuschenden Parteienzank über Schulreform und Ähnliche, überholte Fragen, liegt die augenblickliche Schwäche der französischen Politik und die Gefahr einer längeren Unstabilität.

Das neue Parlament ist in seiner überwiegenden Mehrheit konservativ und teilweise betont reaktionär eingestellt. Die bisherige Koalition mit den Sozialisten wird dadurch logischerweise zu einer Unmöglichkeit. Sie glied schon früher einer Zwangsjacke, der nunmehr sogar die psychologische Grundlage entzogen ist, weil der rechte Flügel den sehnlichen Wunsch hegt, jeden sozialistischen Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes auszuschalten. Die maßgebende Persönlichkeit der Konservativen, Paul REYNAUD, hat daraus kein Hehl gemacht und sehr eindeutig erklärt, die beste Lösung sei eine ausgesprochene Rechtsregierung, von den Volksrepublikanern bis zu den Gaullisten. Es besteht kein Zweifel, daß unverändert an

diesem Ziel hinter den Kulissen gearbeitet wird und die maßgebenden Politiker nur auf die Gelegenheit warten, um ihren Plan verwirklichen zu können. Vorläufig ist die Zeit hierfür noch nicht reif, denn einerseits ist der von den Gaullisten verlangte Preis für ihre Mitarbeit viel zu hoch, andererseits muß erst der rechte Flügel der Volksrepublikaner unter Führung von BIDAULT für den Gedanken einer Zusammenarbeit mit DE GAULLE gewonnen werden. Die Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung setzt damit eine mehr oder weniger deutliche Spaltung der Volksrepublikaner voraus. Diese Partei stützt sich im wesentlichen auf die stark nach links orientierten christlichen Gewerkschaften, deren Vertreter und Freunde im Parlament keineswegs gewillt sind, den Weg nach rechts zu gehen. Vier Wochen Regierungskrise haben genügt, um in den Reihen der Volksrepublikaner größte Verwirrung auszulösen. Obwohl ihr linker Flügel wirtschaftlich und sozial den Sozialisten sehr nahe steht, hat die Schulfrage die Atmosphäre zwischen diesen beiden Gruppen derartig vergiftet, daß bis auf weiteres an eine ehrliche Zusammenarbeit, in Opposition oder Regierung, zwischen Volksrepublikanern und Sozialisten, kaum noch zu denken ist.

Die Sozialisten machen sich über den reaktionären Geist der Parlamentsmehrheit keinerlei Illusionen, und so besteht an sich grundsätzlich auch die Tendenz, in Opposition zu gehen. Dagegen spricht jedoch die gaullistische Gefahr und der höchst peinliche Gedanke, daß ein solcher Schritt der Partei den aus ihren Reihen hervorgegangenen und ihren Idealen treu gebliebenen Staatspräsidenten AURIOL zwingen könnte, bei einem Fortdauern der Krise über die derzeitige Pleven-Lösung hinaus, die Initiative zur Regierungsbildung an DE GAULLE zu geben.

+ + +

"Je mehr ich von diesem Land sehe, desto mehr bin ich von der Wahrheit überzeugt, daß es nichts Absolutes im theoretischen Wert politischer Institutionen gibt und daß ihre Nützlichkeit und Wirksamkeit fast immer von den besonderen Umständen und sozialen Bedingungen des Volkes abhängt - auf das sie Anwendung finden".

de Tocqueville
 Französischer Geschichtsschreiber
 nach einem Besuch in den USA 1831

+ + +

Zur Diskussion um die Soldatenbünde

E.R. Ein gewisses, aus der Lage verständliches Drängen auf einen Zusammenschluß ehemaliger Soldaten zur Wahrung gemeinsamer Interessen ist an vielen Orten spürbar. War der Tag des Kontenschwands und der Geldreform 1948 sozusagen der Geburtstag der Vereinigungen ehemaliger versorgungsberechtigter Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmachtsbeamten, der sich zu dem bekannten IvW (Bund versorgungsberechtigter ehem. Wehrmachtangehöriger) entwickelte, so bildet der Beginn der Diskussion um einen deutschen Wehrbeitrag den Ausgangspunkt für das allgemeinere Bedürfnis nach Aussprache und Orientierung und größeren Zusammenschluß.

Der BvW nennt sich seit dem 29. Juli "Der Deutsche Soldatenbund". Er möchte auch den neuen Aufgaben gerecht werden. Als zahlenmäßig größter Bund versprach er, die Initiative für den Versuch einer Einigung aller bestehenden Gruppen und Verbände ehemaliger Soldaten zu ergreifen. Die bekannteren Verbände dieser Art sind der Schutzbund Deutscher Soldaten (BDS), die Korpsvereinigung "Groß-Deutschland", die Fallschirmjäger, Afrikakämpfer, Heimkehrer, dazu kommen viele Regimentsvereinigungen, Suchdienste und Hilfgemeinschaften. Ob die Initiative des BvW, der mit ein wenig Berechtigung von Jüngeren als "Zahnweiserverband" abgetan wird, zum Ziel führen kann, läßt sich noch nicht übersehen.

Der BDS, dessen Stützpunkte hauptsächlich in Bayern liegen, war ursprünglich eine Abspaltung vom BvW, die auf den alten Gegensatz zwischen Offizier und Unteroffizier zurückgeht. Inzwischen hat er sich auch in Nordwestdeutschland festsetzen können. Sein Vorsitzender ist General a.D. Krakau, das Bundesorgan "Die deutsche Soldatenzeitung". Zwischen BvW und BDS sind schon Verhandlungen mit dem Ziele einer Verschmelzung der beiden Verbände geführt worden. Hinderlich war dabei das Mißtrauen gegen die Kreise älterer Soldaten, die zuerst oder gar ausschließlich an der Lösung der Versorgungsfragen, neuerdings an der Verbesserung des Versorgungsgesetzes, interessiert sind - nicht aber an der grundsätzlichen Neubestimmung auf die gegenwärtigen Aufgaben. Mehrere

von verschiedenen Seiten unternommene Versuche zur Herstellung einer umfassenden Soldatenunion scheiterten an solchen Schwierigkeiten, konkurrierenden Führungsansprüchen und unklaren Programmvorstellungen. Das organisatorische Vakuum seit 1945 war für den Einzelnen kein Erlebnisvakuum. Es wird einer langen und gründlichen Diskussion bedürfen, ehe einigende Formeln gefunden werden, ehe ein deutscher Soldatenbund als Repräsentation einer Mehrheit auftreten kann.

Vorläufig handelt es sich schätzungsweise um 150000 ehemalige Soldaten, die in den genannten Verbänden organisiert sind. Daneben steht als "politische Reserve" das Millionenheer derjenigen, die bisher kein Interesse zeigten, oder die bewußt und bitter abseits bleiben. Alle die erwähnten Soldatenvereinigungen bekennen sich zur Bundesverfassung und lehnen den Radikalismus von links wie rechts ab. Sie bejahen - mit selbstverständlichen Vorbehalten - im Grundsatz einen deutschen Verteidigungsbeitrag. Wieweit sie in diesen Bekenntnissen alle ihre Mitglieder und Anhänger hinter sich haben, muß sich noch zeigen.

Diejenigen Soldaten, die aus den bitteren Erfahrungen der militärischen Katastrophe und des sozialen Erdbebens gelernt haben, möchten die Fehler der Vergangenheit vermeiden. Der kümmerliche Erfolg der Stahlhelm-Neugründung war ein erfreuliches Zeichen. Auch die ostorientierten Ohne-mich-Gruppen blieben zahlenmäßig unbedeutend, wenngleich Ritterkreuzträger darin nach Dutzenden zählen. Für die Beurteilung der sich entwickelnden Soldatenbünde wird alles darauf ankommen, daß das Bekenntnis zur Verfassung und Demokratie ohne Hintertüchtigkeit erfolgt.

+ + +

Kurt Schumacher zum Labor-Day

Im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sende ich den amerikanischen Arbeitern die herzlichsten brüderlichen Grüße.

Die soziale Wohlfahrt der arbeitenden Menschen ist das Fundament der Demokratie. Wir empfangen in Europa und dort vor allem in Deutschland täglich Belehrungen über die Richtigkeit dieses Grundsatzes. Man kann nicht von der Verteidigung der Freiheit sprechen und die Kultur des Westens preisen, wenn man nicht jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft durch die Sorge und den Kampf um seine soziale Stellung zu einem Baustein der demokratischen Ordnung der Welt macht.

Die Sozialdemokraten Deutschlands haben nicht vergessen, daß die amerikanischen Arbeiter unter Führung ihrer Gewerkschaften zuerst die Rolle des sozialdemokratischen Kampfes um die Freiheit in Deutschland und Europa erkannt, und daß sie diese Erkenntnis stets durch Taten der solidarischen Verbundenheit bewiesen haben. Wir wissen sehr gut, daß die Position der demokratischen Arbeiterbewegung in Europa davon abhängt, daß die organisierten Arbeiter Amerikas erfolgreich für Frieden und Wohlstand ihres Landes kämpfen.

Wir hoffen mit den amerikanischen Arbeitern, daß es gelingen wird, in diesem Kampf ohne die Anwendung kriegerischer Mittel zu siegen. Mit uns hoffen es die Arbeiter der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und alle Menschen in der ganzen Welt, die von der Diktatur unterdrückt, verelendet und in ihrer Menschenwürde getreten sind.

Verantwortlich: Peter Raunau